

## **Für eine Welt ohne Hunger! Aufruf zur Bundestagswahl 2009**

In diesem Jahr werden wahrscheinlich eine Milliarde Menschen weltweit Hunger leiden. Seit 2005 wäre damit die Zahl der chronisch Unterernährten um 150 Millionen gestiegen. Mit Beginn der Ernährungskrise vor zwei Jahren und dem zunächst drastischen Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel hat sich die Situation der Welternährung grundlegend verschärft. Die Sicherstellung von Anbauflächen in Drittstaaten für die Ernährung der eigenen Bevölkerung, die Spekulation auf den Rohstoffmärkten, das massive Vordringen des Anbaus von Biomasse für die Energiegewinnung sowie die steigende Attraktivität von Ackerland als Geldanlage sind Vorboten einer von Knappheit geprägten Zukunft der Weltagrarmärkte. Das fundamentale Menschenrecht auf Nahrung von vielen Millionen Menschen wird verletzt. Eine wachsende Weltbevölkerung, klimabedingte Ernteausfälle, die fortschreitende Bodendegradation, Wassermangel, Flutkatastrophen, der Verlust an biologischer Vielfalt, die zunehmende Flächenkonkurrenz, die zunehmende Fleischproduktion und in absehbarer Zukunft wieder steigende Ölpreise werden die Hungersituation weiter verschärfen. Wenn jetzt nicht mutig und entschlossen dagegen gehalten wird, werden die menschlichen und volkswirtschaftlichen Kosten ins Unermessliche steigen.

Ein „Weiter So“ wie bisher ist keine Option. Programme, die einseitig auf landwirtschaftliche Ertragssteigerung mit Hilfe einer forcierten Rationalisierung und Marktintegration der Entwicklungsländer setzen, werden das Hungerproblem nicht lösen. Ein rechtsbasierter Ansatz ist notwendig, der die regional wirksame Multifunktionalität der Landwirtschaft berücksichtigt und auf eine integrierte ländliche Entwicklung setzt. Die jahrzehntelange Vernachlässigung des ländlichen Raums muss ein Ende haben. Es ist dringend erforderlich, die Mittel für eine regional orientierte ländliche Entwicklung auf allen Ebenen deutlich aufzustocken. Dabei muss der Förderung der einheimischen Lebensmittelversorgung - insbesondere in den von Nahrungsmittelimporten abhängigen ärmeren Ländern - Priorität eingeräumt werden. Das Recht auf Nahrung muss für alle Menschen auf der Welt gewährleistet werden. Wir fordern alle deutschen Parteien auf, diesem Ziel in der kommenden Legislaturperiode eine hohe Priorität einzuräumen.

### ***Die künftige Bundesregierung muss***

- 1) dafür Sorge tragen, dass der Flächenanspruch für Futtermittel, Agrartreibstoffe und nachwachsende Rohstoffe in Drittländern nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion geht.
- 2) darauf hinwirken, dass die EU ihre Agrarexportsubventionen sofort vollständig abbaut. Alle anderen Formen der Unterstützung ihrer Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass sie nicht zum Export zu Preisen unterhalb der Erzeugungskosten führen, und eine bäuerliche, ökologische und klimafreundliche Landwirtschaft in Europa gestärkt wird.
- 3) sich dafür einsetzen, dass den armen Ländern der Spielraum eingeräumt wird, durch den Außenschutz einschließlich spezieller Schutzmaßnahmen das Recht auf Nahrung zu schützen und zu fördern und die Existenzgrundlagen von armen Bauern zu sichern.

- 4) dafür eintreten, dass die EU ihrerseits ihren Marktzugang für Lebensmittel und Agrarerzeugnisse so qualifiziert, dass mit der Erzeugung und dem Handel negative soziale, ökologische und regionale Auswirkungen in den Ursprungsländern wie auch in der EU vermieden werden.
- 5) dafür eintreten, dass spekulativen Finanzinvestitionen auf den internationalen Agrarmärkten Einhalt geboten wird.
- 6) sich dafür einsetzen, dass die Arbeit internationaler Organisationen und bilateraler Entwicklungszusammenarbeit an den freiwilligen Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung orientiert wird. Dabei sollten auch Länder des Südens ermutigt und unterstützt werden, das Recht auf Nahrung zur Richtschnur ihrer Antworten auf den Hunger zu nehmen.
- 7) eine kleinbäuerliche, klima- und standortangepasste, umweltverträgliche Landwirtschaft stärker fördern. Gentechnik ist keine angemessene Alternative.
- 8) im Rahmen eines ambitionierten Klimaschutzabkommens in Kopenhagen vor allem armen Entwicklungsländern umfassende finanzielle Mittel für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung stellen.
- 9) sich dafür einsetzen, die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit stärker in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen, um der fortschreitenden Bodendegradation Einhalt zu gebieten.
- 10) sich dafür einsetzen, dass der Zugang von Kleinbauern, Hirten und Fischern zu Land, Wasser, lokalem Saatgut, Weide- und Fischgründen erhalten bzw. verbessert wird, und Landreformprozesse in armen Ländern aktiv unterstützt werden.
- 11) stärker auf das Wissen und die Lösungskapazitäten von Bauern und Bäuerinnen, Landarbeiter/innen, Frauen und Indigenen setzen. Ihre Partizipation muss auf allen Ebenen sichergestellt werden. Eine Förderung ihrer Organisation in Gemeinschaften, Organisationen oder Gewerkschaften ist dafür unerlässlich.
- 12) sich dafür einsetzen, dass Unternehmen grundlegende Arbeits- und Menschenrechte sowie Landrechte beachten, den Vertragsbauern faire Konditionen einräumen.
- 13) in armen Ländern soziale Sicherungssysteme fördern, damit Menschen mit mangelnden Einkommensmöglichkeiten ein Leben in Würde ermöglicht wird.
- 14) die internationale und nationale Agrarforschung – unsere deutsche einbezogen – darin unterstützen, ihre Forschung auf die Belange der Kleinbauern und Hirten auszurichten und sich mit ihnen in einen gemeinsamen Suchprozess nach ökologisch nachhaltigen Lösungen zu begeben.
- 15) für eine Stärkung und bessere Koordination der reformierten UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO), des Welternährungsprogramms (WFP) und des Internationalen Fonds für Ländliche Entwicklung (IFAD) im Bereich Nahrungsmittelhilfe und Ernährungssicherung eintreten.

### **Erstunterzeichner:**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)**

**Brot für die Welt**

**Buko Agrar Koordination**

**Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl)**

**Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)**

**FIAN Deutschland e.V.**  
**Forum Umwelt & Entwicklung**  
**Germanwatch**  
**Inkota-netzwerk e.V.**  
**Kooperation Brasilien e.V. (KoBra)**  
**Liga für Hirtenvölker und nachhaltige Viehwirtschaft**  
**Misereor**  
**Naturland**  
**Oxfam Deutschland**  
**Seeds Action Network (SAN)**  
**Weltladendachverband**



**Kontakt:** Forum Umwelt & Entwicklung, Armin Paasch, Koblenzerstr. 65,  
 53173 Bonn, Tel.: 0228-359704, E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)